

Schlechte Jahre für Amtsinhaber - Wird 2025 besser?

2024 war ein schlechtes Jahr für Amtsinhaber. Blicken wir auf 2025: Können sie sich erholen oder wird der Trend anhalten? Analysen zeigen volatile Wählerverhalten und die Herausforderung der Inflation.

2024 wird möglicherweise als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem die Wähler die amtierenden Politiker aus dem Amt schickten. Das Jahr, das als „Jahr der Demokratie“ angepriesen wurde, brachte die bislang größte Anzahl an Wahlen und war gleichzeitig das schlechteste Jahr für die Amtsinhaber. Laut einer Analyse des **Financial Times** verlor jede regierende Partei, die in einem entwickelten Land zur Wahl stand, an Stimmen – das erste Mal, dass dies seit Beginn der Aufzeichnungen geschah.

Der Wandel der Amtsinhaber

Früher war es eine eiserne Regel der Politik, dass die, die im Amt sind, die besten Chancen auf Wiederwahl haben. Heute hingegen scheinen die Wähler eher dazu bereit zu sein, die Rasselband der Amtsinhaber abzulehnen. In den USA etwa musste Kamala Harris einen Preis dafür zahlen, dass sie sich nicht von den politischen Entscheidungen des Amtsinhabers Joe Biden distanzierte, was Donald Trump zugutekam.

Aussichten für 2025

Was könnte 2025 für die Amtsinhaber bringen? Die Regeln scheinen sich gewandelt zu haben. In den letzten Jahrzehnten

war der sicherste Weg, ein öffentliches Amt zu gewinnen, bereits im Amt zu sein. Doch die Vorzüge des Amtes helfen nicht mehr wie früher. Laut **Ben Ansell**, Professor für vergleichende demokratische Institutionen an der Universität Oxford, haben sich wohlhabende Demokratien in ihrer Instabilität ähnlicher entwickelt wie ärmere Demokratien in Lateinamerika oder Indien.

Inflation als Hauptursache

Der Grund für die Schwierigkeiten der Amtsinhaber im Jahr 2024 scheint überwiegend inflationärer Natur zu sein. Nach der COVID-19-Pandemie und dem umfassenden Einmarsch Russlands in die Ukraine stiegen die Preise in vielen Ländern sprunghaft an. Während dieser Zeit erreichte die globale Inflation 2022 ihren höchsten Stand seit den 1990er Jahren. Wähler verabscheuen Inflation, und obwohl die Ursachen oft global sind, bezahlen die Regierungen, die für die steigenden Kosten verantwortlich sind.

Die Lehren aus Mexiko, wo Claudia Sheinbaum von der regierenden Morena-Partei als Lichtblick für die Amtsinhaber in Lateinamerika gewählt wurde, weisen darauf hin, dass Maßnahmen wie Preisobergrenzen helfen könnten, die Wähler zu besänftigen.

Veränderungen im Wählerverhalten

Die Wahlverluste der Amtsinhaber weltweit können nicht allein durch materielle Faktoren erklärt werden. Kulturelle und strukturelle Veränderungen scheinen ebenfalls eine Rolle zu spielen. **Roberto Foa**, Co-Direktor des Centre for the Future of Democracy an der Universität Cambridge, weist auf einen generationsbedingten Trend zu geringerer parteipolitischer Loyalität hin. In vielen Demokratien gibt es eine höhere Bereitschaft der Wähler, zwischen den Wahlen ihre Stimmen zu ändern.

Aussichten für bevorstehende Wahlen

Ein kurzer Überblick über die bevorstehenden Wahlen deutet darauf hin, dass auch 2025 ein herausforderndes Jahr für Amtsinhaber in Demokratien werden könnte. Nach dem Scheitern, seine Koalition zusammenzuhalten, wird der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz wahrscheinlich bei der Neuwahl im Februar abgewählt. Ähnlich könnte auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau nach fast einem Jahrzehnt im Amt abgelöst werden.

In Europa könnte sich das Bild aufgrund von Propagandakampagnen, die von Kreml-affinen Akteuren gefördert werden, zusätzlich verkomplizieren. Moldawiens Präsidentin Maia Sandu gewann im Oktober mit einem hauchdünnen Vorsprung die Wiederwahl. Ob ihre pro-westliche Partei im Mai die Mehrheit im Parlament halten kann, bleibt jedoch unklar. Die Kreml-Behörden haben die Vorwürfe des Wahlbetrugs zurückgewiesen.

Schlussfolgerung

2025 könnte sich als verkleinerte Version von 2024 herausstellen, mit weniger Wahlen, aber weiterhin kämpfenden Amtsinhabern. Eine positive Sichtweise könnte besagen, dass dies kein schlechtes Zeichen ist, solange die Wähler unzufrieden mit ihren Führern sind und sie zur Verantwortung ziehen. Politikwissenschaftler **Adam Przeworski** hat Demokratie einmal als „ein System definiert, in dem Parteien Wahlen verlieren“. Doch ununterbrochene Niederlagen sollten Warnsignale auslösen. Wahlen senden Signale an die Regierungen, dass sowohl Bestrafungen als auch Belohnungen notwendig sind, um das Vertrauen der Wählerschaft zu gewinnen.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at